

Lesungsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstag 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Die DAZ. vor dem Reichstag.

Besprechung im Haushaltsausschuß. - Stresemann verheimlicht den Kaufpreis.

Vor dem Ausschuss für den Reichshaushalt fand heute in Anwesenheit des Reichsaußenministers Dr. Stresemann die Aussprache über den Ankauf der 'Deutschen Allgemeinen Zeitung' statt.

Die Aussprache wurde von Dr. Stresemann mit der Verlesung der folgenden Erklärung eröffnet:

Von dem gesamten Verlagsunternehmen der 'DAZ', das feinerzeit von der preussischen Regierung im August 1925 erworben wurde, ist im April d. J. die Zeitung auf das Reich übergegangen.

Dr. Stresemann erläuterte die Erklärung noch kurz dahin, daß 25 Proz. der Anteile im privaten Besitz geblieben sind, während 75 Proz. sich in Händen des Reichs befinden.

Abg. Stöcker (Komm.) fand, selbst, wenn man sich auf den Boden stelle, daß eine Regierung ein offizielles Blatt zur Verfügung haben müsse, das ganze Verfahren unerhört.

Abg. Hergt (Dnat.) stellte die Frage, wie hoch die 75 Proz. der Anteile bezahlt worden seien und begründete den folgenden Antrag seiner Parteifreunde: 'Die Reichsregierung zu eruchen: 1. in den laufenden Nachweisungen über die Beteiligung des Reiches an geschäftlichen Unternehmungen künftighin auch die Beteiligung des Reiches an der 'D. A. Z.' aufzunehmen; 2. bei Vorlegung des Reichshaushalts für 1927 bestimmte Erklärungen darüber abzugeben, wie

künftig der Frage der Beteiligung des Reiches an der 'D. A. Z.' geregelt werden solle.

Der Reichsaußenminister lehnte die Beantwortung der vom Abg. Hergt gestellten Frage ab.

da das Reichskabinett auch aus Anlaß dieser Angelegenheit kürzlich wieder beschloffen habe, aus grundsätzlichen Erwägungen keine Auskunft über die Verwendung der beiden Geheimfonds zu erteilen.

Es sei doch aber klar, daß dem Auswärtigen Amt viel daran gelegen sein müsse, ein Blatt zur Verfügung zu haben, das keine Parteizugehörigkeit und einen großen Abonnentenstand habe, daß besonders auch wie die 'D. A. Z.' im Ausland weit verbreitet ist.

Abg. Guérard (Ztr.) polemisiert gegen die kommunistischen Uebertreibungen, wünschte aber auch für das Zentrum, daß die Reichsregierung sich allmählich von der 'D. A. Z.' löse.

Diesem Wunsch unterstrich Genosse Müller für die Sozialdemokratie auf das kräftigste. Das Experiment sei nicht geglückt. Jetzt, nach Bekanntwerden des Kaufpreises sei die ganze Aktion völlig entwertet.

Nach einer formalen Erklärung des Abg. Leicht (Bayr. Sp.) und dem Abg. Dr. Cremer (D. Sp.) - die Demokraten nahmen nicht das Wort - wurde die Debatte geschlossen.

Nach Erledigung der 'DAZ'-Angelegenheit entspann sich im Ausschuss für den Reichshaushalt noch eine lebhafte Debatte über den gestern von der Genossin Böhm-Schuch gestellten Antrag, im Nachtragsetat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft 5 Millionen für Zwecke der Kinderpeisung einzustellen.

Konkurs der chinesischen Regierung.

China diplomatisch kampfunfähig. - Streik in Hankau.

Am Sonntag ist die chinesische Zentralregierung unter Umständen zurückgetreten, die nicht alltäglich sind. Ihre Kassen sind leer, eine andere Regierung soll versuchen, die Staatsgeschäfte weiterzuführen.

Dieser finanzielle Zusammenbruch der chinesischen Zentralregierung fällt in einen Augenblick, in dem China aus politischen Gründen das Bedürfnis hätte, nach außen stark aufzutreten zu können.

Es kommt hinzu, daß gerade jetzt der Bericht der Exterritorialkommission nach monatelangen Verhandlungen zwischen China und den Mächten fertiggestellt wurde. In ihm erklären sich die Mächte bereit, die stufenweise Abschaffung der exterritorialen Vorrechte der Fremden ins Auge zu fassen.

England hat alles Interesse daran, so zu tun, als ob es Chinas Selbstständigkeitswünsche respektiere. Washington berichtet das genaue Gegenteil: Amerika möchte weiterhin die einzige Großmacht scheinen, die China entgegenkommt; daher verkleinert es die Zugeständnisse der anderen und läßt sich melden und melden weiter, daß die Kommission keinerlei Konzessionen gemacht habe.

Boykott und Streik in Hankau.

London, 29. November. (W.T.B.) In einer Aeußerung über die Lage in China im Unterhaus erklärte Chamberlain: Bei der Verwaltung der Seezölle in Hankau habe sich mit Unterstützung des chinesischen Amtsvorstandes ein Verband der unteren chinesischen Beamten gebildet, der es als sein Ziel bezeichnet, sämtliche Ausländer aus der Verwaltung der Seezölle zu verdrängen.

Abrüstungskonferenz verschoben?

Cecil hat Angst vor dem Mißerfolg.

Genf, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Lord Robert Cecil teilte am Montag abend Journalisten gegenüber mit, daß seiner Ansicht nach mit der internationalen Abrüstungskonferenz nicht mehr für das Jahr 1927 zu rechnen sei.

Organisierte Steuerfabotage.

Terror des Landbundes in den Grundwertauschüssen.

Von Paul Herbig.

Das Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925 will eine gleichmäßige Bewertung des landwirtschaftlichen Vermögens für die Steuern des Reichs und der Länder herbeiführen. Diese Gleichmäßigkeit sollte vor allem dadurch sichergestellt werden, daß das Bewertungsverfahren in zwei getrennte Maßnahmen zerlegt wurde.

Die Sabotage des Landbundes begann schon vor dem Zusammentritt der Ausschüsse. Die Finanzämter muhten das Vergleichsmaterial für die Einreichung der Betriebe beschaffen. Das suchte der Landbund nach Möglichkeit zu stören.

Die Sichtung eines solchen Ausschusses verlief dann etwa folgendermaßen: Die Vertreter der Finanzverwaltung legten dem Ausschuss die für den zu bewertenden Betrieb beschafften amtlichen Unterlagen, wie z. B. Wehrbeitragswert, preussischer Grundsteuerertrag usw. vor.

Die Sabotage des Landbundes begann schon vor dem Zusammentritt der Ausschüsse. Die Finanzämter muhten das Vergleichsmaterial für die Einreichung der Betriebe beschaffen.

Die Sichtung eines solchen Ausschusses verlief dann etwa folgendermaßen: Die Vertreter der Finanzverwaltung legten dem Ausschuss die für den zu bewertenden Betrieb beschafften amtlichen Unterlagen, wie z. B. Wehrbeitragswert, preussischer Grundsteuerertrag usw. vor und machten einen entsprechenden Einreichungsvorschlag.

Gegen diesen Terror des Landbundes sind die Finanzämter bisher so gut wie machtlos. Es ist für sie sehr schwierig, in allen Fällen Einspruch einzulegen, denn dadurch würde in Zehntausenden von Fällen eine nochmalige Nachprüfung der ganzen Bewertung notwendig, die die Arbeitsfähigkeit der Finanzverwaltung vollkommen lahmlegen würde.

Die Nachrichten über den Bericht der Exterritorialitätskommission treten je nach der Quelle verschieden. London behauptet durch Reuters, es käme den Wünschen der Chinesen weit entgegen.

sich daraus entwickelnde Zusammenarbeit zwischen Finanzverwaltung und Landbund so weit, daß die Finanzämter ihre Vorschläge, bevor sie sie den Grundwertauschüssen vorlegten, den Steuerstellen des Landbundes zur Begutachtung übersandten, die sie dann ihren Wünschen entsprechend „berichtigten“! Im Landesfinanzamtsbezirk Münster verstanden sich die Finanzbehörden sogar zur Einsetzung eines Schiedsgerichts, das alle Streitfragen bei der Bewertung zwischen Finanzverwaltung und Landbund zu entscheiden hat. Eine in jeder Beziehung ungeheuerliche Maßnahme.

Ähnliche Nachrichten aus allen Reichsteilen bestätigen, daß es sich bei dieser Bevormundung der Finanzverwaltung und der Terrorisierung der Grundwertauschüsse um eine organisierte Bewertungsabotage durch den Landbund handelt. Diese Sabotage kann dazu führen, daß im ganzen Reich vielleicht nur die hundert vom Bewertungsbeirat bewerteten Vergleichsbetriebe zutreffend bewertet, alle übrigen von den Grundwertauschüssen eingereichten Betriebe aber unterbewertet werden. Das Reichsfinanzministerium hat bisher gegenüber diesen ungeheuerlichen Zuständen, die ihm doch kaum verborgen geblieben sein können, geschwiegen. Es scheut anscheinend den Kampf mit dem Landbund, um die Bewertungsabotage nicht völlig in Verwirrung zu bringen.

Aber diese Haltung ist falsch. Dem gesetzwidrigen Handeln des Landbundes und der ihm willfährigen Steuerzuschußmitglieder muß begegnet werden. Es ist das schärfste Attentat auf die Steuermoral und führt zur völligen Mißachtung der Gesetze, soweit sie den Interessenten nicht angenehm sind. Daher ist zu verlangen, daß die Reichsfinanzverwaltung in allen Fällen, wo falsche Einreichungen vorgenommen wurden, den Amtseinspruch anordnet. Wo sich ein Grundwertauschuh unter dem Einfluß der Landbundmehrheit offene Gesetzesverletzung hat zu schulden kommen lassen, muß die Finanzverwaltung das Recht erhalten, den Ausschuh aufzulösen. Ferner muß das Reichsfinanzministerium jede Zusammenarbeit mit dem Landbund in Steuerfachen verbieten, solange dieser sich und seine Organe nicht zur Beachtung der Gesetze verpflichtet. Auch muß die Zusammensetzung der Bewertungsausschüsse geändert und der Einfluß der Interessenten in ihnen geschwächt werden. Entschließt sich das Reichsfinanzministerium nicht von sich aus zu solchen energiegelassen Maßnahmen, so wird die Sozialdemokratie die Initiative dazu im Reichstag ergreifen.

Das Schundgesetz.

Noch kein Kabinettsbeschluss nach der Niederlage.

Das Reichskabinettsbeschluss nach der Niederlage. Das Reichskabinettsbeschluss nach der Niederlage. Das Reichskabinettsbeschluss nach der Niederlage.

Uebrigens enthält die Begründung dieser Vorlage die Ankündigung, daß im Fall ihrer Annahme als erste Verbotsliste wohl die von der „Hauptstelle zur Bekämpfung von Schmutz und Schund“ aufgestellte und der Begründung angefügte Liste veröffentlicht werden soll. Danach scheint es, daß das Reichsministerium des Innern einfach die von privater Seite aufgestellte Liste übernehmen will, ohne sich die Mühe der Aufstellung einer eigenen Liste zu machen.

Das Reichsstrafgesetzbuch bedroht in mehreren Paragraphen die Verbreitung von Schmutz- und Schundliteratur und ganz besonders ihr Anbieten an jugendliche Personen mit

erheblichen Strafen. Und es ist in der Reichstagsdebatte wiederholt gesagt worden, daß diese Strafgeheimbestimmungen sich bisher als durchaus genügend erwiesen hätten.

Wächte nicht die Reichs- oder preussische Justizverwaltung aus ihren unergründlichen Statistiken heroorufen lassen, wie groß die Zahl der Verurteilungen inzwischen geworden ist?

Die Folgen der Verhekerung.

„Reichsbannerpöbel“ und „Reichsbannermob“.

Seit Wochen ist eine besondere Verhekerungsorganisation gegen das Reichsbanner tätig. Die alldeutsche Claf-Zeitung, deren Hauptschriftleiter der Wikingerführer Sodenstern ist, läßt dauernd „Kampflugsblätter“ verbreiten, in denen vom „Landesverrat des Reichsbanners“ die Rede ist. Ein gewisser Walter Korodi reist im Lande umher und hält überall dieselbe Hehrede gegen das Reichsbanner, in der die blödesten „Landesverrat“-Behauptungen aufgestellt werden. Um seinen teutschen Mut zu erweisen, läßt er in den Versammlungseinladungen auch versichern, daß einem Reichsbannerführer Gelegenheit zur Keuherung auf die erhobenen Anklagen gegeben werde. Selbsterländlich werden in allen Versammlungen auch gleichlautende Resolutionen angenommen.

In Frankfurt (Oder) hat man die freundliche „Einladung“ augenscheinlich angenommen, ist in der Versammlung erschienen und hat den völkischen Hehroposteln dadurch das Konzept verdorben. Das hat nun den Wanderrhetor Rodori aus dem Häuschen gebracht, und die „Deutsche Zeitung“ in gleichem Maße. Sie berichtet über die Versammlung in Tönen höchster Entrüstung vom „schurkischen Landesverrat“, vom „Reichsbannerpöbel“, vom „strolchmäßigen Benehmen“ des „Reichsbannermobs“ und ähnlichen „politischen Schurkereien“ des Reichsbanners.

Kann man sich nach solchen Beschimpfungen des Reichsbanners wundern, wenn zwei Tage drauf völkische Heidenjünglinge vom Straßenbahnwagen herab die demonstrierenden Reichsbannerleute zu reizen suchten? Wenn sie gewalttätig Zusammenstöße gerade hervorrufen, weil das ihren Hintermännern so angenehm ist?

Die sächsische Regierungsfrage.

Heute Ministerpräsidentenwahl.

Dresden, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Heute um 1 Uhr soll im Sächsischen Landtag die Wahl des Ministerpräsidenten stattfinden. Wahrscheinlich wird die Wahl nicht zustandekommen, da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten wird. Es ist nichts davon bekannt, ob die bürgerlichen Parteien untereinander eine Vereinbarung getroffen haben, so daß sich wahrscheinlich die Stimmen zersplittern werden. Vor der Ministerpräsidentenwahl wird ein Protest der Wirtschaftspartei gegen die Wahl der beiden Schriftführer verhandelt werden. Daran wird sich die Wahl der stellvertretenden Schriftführer anschließen.

Was der Graf nicht „befohlen“ hat...

Die Arbeiter werden „geschnitten“!

Ein Mitglied der Deutschnationalen „Volks“partei schreibt uns: Am 31. Oktober veranstaltete die Arbeitergruppe Charlottenburg der Deutschnationalen „Volks“partei im Türlischen Zeit einen „nationalen Abend“. In der gesamten Reichspresse war gebührend auf die Bedeutung dieses Abends hingewiesen worden, aber trotzdem war eine unheimliche Leere. Um diese wenigstens einigermaßen zu beheben, wurden auf schnellstem Wege Jugendgruppen in „Uniform befohlen“, denn die sogenannten „Obere“ hatten durch Richterscheinen es abgelehnt, sich mit Arbeitern an einen Tisch zu setzen. Ein Mit-

glied des Vorstandes sagte mir wörtlich: „Ich hoffe, daß die Arbeiter es nicht merken, daß die meisten Parteimitglieder nur deshalb nicht gekommen sind, da sie sich zu „sein“ fühlen, ein Arbeiterfest mitzumachen!“ So verlief natürlich der Abend in dauernder Spannung. Es erschien dann auch in dem deutschnationalen Parteiorgan, der „Preussischen Landeszeitung“, vom 6. November, ein Artikel, der das Verhalten der Parteimitglieder geißelte und wörtlich lautete: „Manche Mitglieder glaubten leider das Fest nicht besuchen zu können, weil es einen vollstümlichen Charakter trug!“ Mit welcher Erbitterung dieser Hinweis gerade in den Kreisen aufgenommen wurde, die sich mit Herz und Seele für die Sache eingesetzt hatten, ist unbeschreiblich. Ich wurde kurze Zeit darauf geradezu mit Fragen überhäuft, bitterste Vorwürfe fielen, und die Folge war, daß mir unzählige Mitglieder sagten, daß es unwürdig sei, weiterhin einer Partei anzugehören, die ihre Mitglieder nur bei einer Wahl kenne, sonst aber hochmütig über die Kasse ansehe. Als ich eine prominente Persönlichkeit auf die Erbitterung der Parteimitglieder aufmerksam machte, verließ sie mich in verärgelter Stimmung und „befahl“, mich nicht wieder vorzulassen. Ich habe gern auf die Vorlesung verzichtet, will aber nicht mehr auf leere Versprechungen einer Partei hören, die doch nur dem Junkertum Gefolgschaft leistet.

Der Reichswehrskandal in Schlesien.

Schweigen des Reichswehrministeriums.

Breslau, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Die demokratische „Breslauer Zeitung“, die bis vor wenigen Wochen zu den letzten Stützen Dr. Gehlers in seiner eigenen Partei gehörte, bestätigt jetzt einen Teil der von sozialdemokratischer Seite aufgedeckten illegalen Beziehungen der Reichswehr in Schlesien. Das bürgerliche Blatt teilt mit, daß auch ihm Auslagen von Teilnehmern der sogenannten „Sportkurie“ der Reichswehr vorliegen, aus denen sich die Angaben der „Breslauer Volkswacht“ teilweise bestätigen. Im übrigen müsse eine Äußerung des Reichswehrministeriums abgewartet werden.

Im Gegensatz zu früheren Fällen ist aber bisher keine Reichswehrstelle mit einem der üblichen Dementis hervorgetreten. Vielleicht wird dieses Schweigen mit durch die Erinnerung daran veranlaßt, daß vor mehreren Jahren ausführliche Angaben über die Verwendung von Reichswehrwaffen durch rechtsradikale Organisationen gegen streikende Landarbeiter, die in der „Breslauer Volkswacht“ erschienen, von Dr. Gehler zunächst bestritten wurden, daß damals aber in einem Befeldigungsprozeß unser Parteiblatt den Wahrheitsbeweis anbot, der Prozeß überhaupt nicht mehr durchgeführt wurde und schließlich nach mehreren Jahren mit Einstellung des Verfahrens durch Amnestie endete.

Geschäft und Politik.

Ausgerechnet Entrüstung der Hugenberger.

Herr Hugenberg treibt Politik auf seine Art. Und so hat er denn herausgebracht, welche schändlichen Motive Herrn Mahr an veranlaßten, gegen den verbrecherischen Streifen der Wehrverbände aufzutreten: Der Hochmeister des „Jungdeutschen Ordens“ ward zum „Verräter der nationalen Sache“, weil — eine Hugenberg nahe stehende Bank ihm vor anderthalb Jahren einen Kredit verweigerte. Und das allein ist der Grund für die Empörung der Öffentlichkeit über die ungesetzliche Betätigung der Reichswehr! Ein Pathologe mag hier gelinden Größenwahn feststellen, im übrigen bleibt doch auch das eine charakteristisch: Herr Hugenberg kennt eben nur geschäftliche Motive! Und höchlichst erstaunt liest man dann im Hugenbergischen „Tag“ die von stiltlicher Entrüstung triefenden Worte:

„Fürwahr, eine beschämende Verquickung von Geschäft und Politik.“

Ja, gerade die Hugenbergpresse hat alle Veranlassung, sich aufzuregen! Wie sagt doch das schöne Sprichwort? „Man lacht seinen Nächsten nur hinter dem Busch, hinter dem man schon selber gegessen hat!“

Es gibt Schund...

Von Robert Breuer.

Hintereinander, sozusagen in einem Auf, habe ich vor wenigen Tagen folgende erbauliche Geschichten genießen können. Unter der Ueberschrift „Man bringt seinen Vater nicht in die Hölle!“ den Bericht über den Wod eines Ehepaars am Vater des Mannes. Der empfindsame Sohn, der sich darüber ärgerte, daß Papa sich am Wehl vergriß, ging eines Nachts in des Vaters Stube, um ihm mitzuteilen, daß er getötet werden solle. Zunächst hielt der Sohn die Hände des Vaters fest, die Frau legte ihm eine Schlinge um den Hals und zog zu. Dann löste sie der Sohn bei dem grauenvollen Geschäft ab. Nach zwei Stunden begann das Todesröcheln. Da hielten die beiden Kinder eine Kerze und einen Rosenkranz, drückten beide Mysterien in die Hände des Sterbenden und gingen in ihre Stube zurück. Der Sohn meinte: „Man will am End, daß sein Vater nit in die Hölle kommt.“

Gleich anschließend, unter der Ueberschrift „Wenn die Würfel fallen“, die aufregende Geschichte eines südamerikanischen Arztes, der ehebiederische Begleichen zu einer Kreolin unterhält, dem Spielfuß verfallt, seinen Schwiegervater mit Portwein vergiftet, eines Tages aus der Klinik nach Hause gerufen wird, seine Frau und die beiden Kinder sterbend vorfindet, vergiftet durch eine Torte von der Kreolin. Der Chirurg beschließt die Angelegenheit durch Selbstschuß.

Ohne Rude unter der Ueberschrift „Dornen und Ameisen“ die Mitteilung von einer spanischen Dame, die ihren Gatten mit Hilfe ihres Liebhabers in einen Dornenstrauch wirft, in einen Akazienbusch, der Dornen von zwei Zoll Länge hat. „Je mehr der Unglückliche sich sträubte, desto mehr wurde er von den Dornen zerrissen; er starb, von den Ameisen gänzlich zerfressen.“ Dann eine kleine Episode, wie Peter der Große seine Soldatentochter mit einem Kammerherrn erwischte, sie weiblich verprügelte, ihn eigenhändig einsperrte, gut fütterte und schließlich töpeln ließ. Tags darauf fuhr er mit Katharina im offenen Wagen an der Richtstätte vorbei, wo der Kopf auf einem Pfahl steckte. Und dann eine kleine Anekdote aus England, wo man 1840 seine Frau noch verkaufen durfte. Von solch einem Fall wird berichtet. „Es war aber an dem Weibe nichts Besonderes, und der Verkäufer entäußerte sich ihrer hauptsächlich, um einen Kindern das Beispiel ihres liebesüchtigen Lebens zu entrücken.“

Zur Ergänzung, unter der Ueberschrift „Cavalleria Rusticana“, wie in Palermo ein verschuldeter Gemüsehändler sich seines Gläubigers entledigte. Der Gemüsehändler bat ihn in sein Haus und ließ ihn in das Schlafzimmer einleiten. „Dort befand sich die Frau des Gemüsehändlers, eine roßige Italienerin, im tiefsten Regels.“ Der Gemüsehändler schoß und verkündete, daß er seine Gattenehre habe rächen müssen. Zur Steigerung solcher Belanglosigkeit die Geschichte des Grafen de la Tour, der, um die Mierben eines großen Vermögens zu beseitigen, diese der Reihe nach mit indischen Pflanzen-

gisten behandelte. In London besuchte er eines Abends seine Cousine, welche am nächsten Tage als Leiche aufgefunden wurde. Im Laufe eines Jahres starben vierzehn Angehörige seiner Familie, jedoch war die Todesursache niemals zu ergründen.

Schließlich, als Hauptstück: „Der flüssige Dolch“ oder „Die flüssige Revolverkugel“ oder „Das chemische Stillet“. Ein wohlhabender Bericht über Attentate mit Salzsäure und Nitriol. „Selten herrscht in diesen Fällen die Tötungsabsicht, fast immer ist die Nitriolgabe gewollt beider Urt jodistischer Grausamkeit.“ In Neapel bringen die Zuhörer ihren trügerischen Dirnen einen „in künstlerisch vollendeter Weise angebrachten Rasiermesser schnitt auf der Wange bei“. In Paris bewarfen Zuhörer ihren „ungetreuen Kochtopf“ (Warmite) mit Nitriol.

Naide Leute werden annehmen, ich hätte mir von irgend einem Karren eine Kollektion der anrühigen bunten Groschenheften zugelegt. Welt gefehlt. Ich habe nur den „Berliner Lokalanzeiger“ gelesen. Und zwar die Montagausgabe vom 22. November. Da findet sich unter der Ueberschrift „Kriminalistische Rundschau“ der ganze Mist, wie er oben stigmatisiert ist, auf einer einzigen Zeitungsseite. Es gibt also Schund, gibt ihn in einem Druckwerk, das sich zweifellos zur politischen Tagespresse rechnet und also von dem Zugriff des Schund- und Schmutzgesetzes frei bleibt. Ist elendere Heuchelei denkbar? Wieviel Jugendliche mögen diese kriminalistische Rundschau gefressen haben. Der „Lokalanzeiger“ aber, wie sich von selbst versteht, schwärmt für das Schundgesetz; im Beihartikel derselben Montagnummer schäme Herr Husong schwarzweißrote Moral. Offentundeig, als durch dieses kriminalistische Geselb kann die Väterlichkeit des neuen Gesetzes kaum demonstriert werden. Wozu die Schauerromantik verfolgen, komplizierte Verfahren konstruieren, Menschen und Geld in Bewegung setzen, wozu die Großschefte vernichten, wenn der „Lokalanzeiger“ und seine Konforten den anstehenden Dreck in Haus und Familie schaufeln.

Die Entwicklung der russischen Wissenschaft. Im Rahmen der „Gesellschaft der Freunde des neuen Russland“ sprach gestern abend im Herrenhaus der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften in Leningrad Prof. Dr. Fersmann über das Thema: „Erfolge der Wissenschaft und Technik in Sowjetrußland“. Die Hauptaufgabe, vor die sich die russische Forschung gestellt sieht, ist die, das eigene Land kennenzulernen. Die Akademie der Wissenschaften rüßt zu diesem Zweck jährlich ungefähr 75 Expeditionen aus, die sich auf die Hauptforschungsgebiete: Sibirien, Turkestan und Jakutenland verteilen. Diese Expeditionen sind „komplex“ zusammengesetzt, d. h. die Forschung beschränkt sich nicht allein auf ein Gebiet, velleicht auf Mineralogie oder Ethnologie, sondern sie umfaßt alle Forschungsgebiete. Geographische Untersuchungen gehen Hand in Hand mit kulturwissenschaftlichen und anthropologischen, so daß ein vollständiges Bild von den Menschen und Sitten und von der Bodenschaffenheit der erforchten Gegend entsteht. Diese Forschungen sind auch von eminenter wirtschaftlicher Bedeutung für Rußland. In der Wüste des Karakorum entdeckte man ausgedehnte Schwefellager, in den Rand-

gebirgen Turkestans radiumhaltige Erze, am Weißen Meer Feldspatgruben und im Ural und in Mittelsibirien Kohlenbeden. Die neue Karte von Sibirien, vollständig in geographischer, ethnologischer und pflanzengeographischer Beziehung, ist fertiggestellt, man arbeitet augenblicklich an der Karte von den Gegenden um das Weiße Meer. Neue Universitäten sind entstanden für Sibirien in Urga und Dunsol, für Turkestan in Taschkent und für Jakutenland in Irkutsk. In vielen Städten Sibiriens sind Museen völkertumlichen Charakters errichtet, die zu neuer Herrschung Anregung geben. Und das Interresse dafür ist so groß, daß sich selbst in den kleinsten Städten private Forschungsvereinigungen gebildet haben, die durch eine Zentralinstitution in Leningrad untereinander verbunden sind. Eine interessante Aufgabe erblickt die Leningrader Akademie augenblicklich darin, für diejenigen sibirischen Völker, die weder Schrift noch Alphabet kennen, eine neue Schriftsprache zu schaffen.

Auf die Frage Prof. Einsteins, wie sich die russische Wissenschaft zur Internationale der Wissenschaft stelle, erwiderte Prof. Fersmann, daß die russische Wissenschaft bereits bei der Jahrhundertfeier der Leningrader Akademie ihren Frieden mit den Wissenschaften der Welt geschlossen habe.

Das Ehrhardt-Lied hat eine englische Melodie. Es ist nicht die Entdeckung neidischer Sozialisten, die den Halentkruzieren bekanntlich nichts Gutes gönnen, daß der schwarzweißrote Eingang einem englischen, in Matrosentunten viel gelanzten One-Step „Blue Bell“ (Blau Neuglein) seine Melodie entlehnt. Der „Fridericus“ gesteht es mit befremdeter Miene ein und fügt zum Troste (geteiltes Leid ist halbes Leid) hinzu, das unsere Bonnen-ganz-hymne nach einer englischen Melodie geht. Um den Ehrhardt-Marsch aber in Zukunft rein deutsch zu genießen, haben die Sozialheime eine neue Melodie von einem Deutschen machen lassen. Hoffentlich war es kein Jude, sonst wär's wieder nur halbe Arbeit, wie denn auch das schöne Lied von der Jagge Schwarzweißrote jüdischer Herkunft ist.

Ein Ehrenabend für Rolf Gärner veranstaltet das Anabereit Mondjout, Abert. 15. am Mittwoch. Beginn abends 9 Uhr. Rolf Gärner liest u. a. das Requiem von Lohrer und Teile aus Bruno Schönlanks „Erlösung“.

Zentrumsjahr in Köln. Die Zentrumsfraktion der Kölner Stadtverordnetenversammlung hat bei der städtischen Verwaltung beantragt, die Pantomime „Der wunderbare Panbarin“, von Reichler Venggel, Wolf von Bela Bartol, sofort vom Spielplan abzulagen. Oberbürgermeister Abenauer hat darauf die Abkürzung des Stückes verfügt.

Die Hamburgische Verwaltungsakademie wurde Montagabend feierlich eröffnet.

Die Wiederherstellung des Dresdener Zwingers, die seit zwei Jahren durchgeführt wurde, ist jetzt beendet. Fast alle Figuren des Vöppelmannschen Baus wurden genau nach dem Original aus bestem Sandstein neu angefertigt.

Geldentwurf mit alten Handdrucken. Bei einer Versteigerung in Rem Deel wurden für ein Originalmanuskript des Erzdäbers Robert Lewis Stephenson 6 350 Dollar bezahlt. Ein kleineres Manuskript des gleichen Autors erzielte 2 500 Dollar. Für alle Kataloge Ausgaben aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurden Preise von 2 800 bis 3 700 Dollar und für die erste Ausgabe von „Quilvers Reisen“ von Jonathan Swift 4 200 Dollar bezahlt. Ob die Käufer wohl auch ein inneres Verhältnis zu den Werken haben, deren Handdrucken und älteste Drucke ihnen einen so hohen Marktwert darstellen?

„Die gefährliche Rüstungsbeschränkung.“

Wilhelms Souveränitätsstimmeln sollte nichts mit ihr zu tun haben.

In der Schlussabteilung der großen Kistenpublikation des Auswärtigen Amtes werden sieben Dokumente über Englands letzten Versuch einer Flottenverständnis mit Deutschland veröffentlicht. Am 26. März 1913 wies der damalige erste Vord der Admiraltät, der heutige Finanzminister, Winston Churchill bei der Budgetberatung auf die allgemeine Zunahme der Marineausgaben hin und wiederholte den Vorschlag eines Flottenfeierjahres, ein Appell, „der an alle Länder gerichtet sei, aber an keines in einer aufrichtigeren Weise als an den großen Nachbar jenseits der Nordsee“. Wiergleich Lage später wies Weichmann Hollweg im Reichstag mit den Schwierigkeiten dieses Vorschlags ab. „Wir können abwarten, ob die englische Regierung mit konkreten Vorschlägen hervortreten wolle.“ Auch in England war der Widerhall des Vorschlags nicht sehr lebhaft. Churchill kam erst am 13. Oktober in Manchester öffentlich darauf zurück, erklärte aber, die englische Regierung beabsichtige nicht, in der Frage Schritte zu tun, wenn die deutsche Regierung es nicht für zweckmäßig halte, denn sie müsse den Anschein vermeiden, als ob sie für sich selbst den Vorbehalt eines Vorschlags zur Rüstungseinschränkung anstrebe, um damit Deutschland in die Zwangslage einer Ablehnung zu versetzen.

Doch wollte der Gedanke eines Flottenfeierjahres nicht verfliegen. Schließlich ergriff die deutsche Regierung die Initiative, ihn zu vernichten. Am 4. Februar 1914 äußerte sich Leipzig im Reichshaushaltsauschuss darüber, worauf Edward Grey durch den englischen Botschafter in Berlin um die Uebermittlung seiner Darlegungen bat. Weichmann Hollweg erklärte, daß die kaiserliche Regierung zur Prüfung jedes Vorschlags bereit sei, den ihr die englische Regierung amtslich zwecks Einschränkung der Ausgaben für Rüstungszwecke machen werde, daß sie den vom Minister Churchill propagierten Gedanken eines Rüstungsfeierjahres praktisch nicht für durchführbar halte, daß sie aber der englischen Regierung die Entscheidung darüber ganz überlassen müsse, ob sie mit einer entsprechenden Anregung an uns hervortreten wolle.“ Dies war Wilhelm zu müt. Er war für die praktische Ablehnung des englischen Vorschlags, aber er wollte keine prinzipielle Verhandlungsbereitschaft. Er erklärte rund heraus:

„Ich will das ganze, endlose, gefährliche Kapitel der Rüstungsbeschränkung möglichst nicht noch einmal aufgerollt haben. So oder so kommt es doch schließlich auf einen Einspruch Englands in mein (!) Recht der Bemessung der für Deutschland nötigen Seemacht heraus, sowie am Ende auf einen Versuch zum Brechieren (Beeinträchtigen) des Flottengelezes.“

So fiel die Antwort der Regierung an Grey negativ aus. Der Plan einer Rüstungspause war erledigt.

Englands Wille zur Rüstungsverminderung war nur allzu schwach gewesen. Verdiente es doch als Seerüstungsleiter der halben Welt allzugut an den international steigenden Ausgaben. Selber in dem Wahn des Weltkräftens befangen, riskierte es nicht einmal, ernstliche Vorschläge zu machen, obwohl es damit den deutschen Militarismus in eine üble diplomatisch-politische Position bringen und Triumphe leicht hätte einheimsen können. Wilhelms Souveränitätsstimmeln — seine Angst, daß ihm das Ausland in seinen Flottenbau hätte hineinreden können — verdarb vollends die ersten Ansätze einer deutsch-englischen Flottenverständnis. Der deutsche Gegenvorschlag, die Stärke der deutschen und englischen Linienflotten geschwader im Verhältnis von 5 zu 8 festzusetzen, war so gut darauf berechnet, daß er nicht ernst genommen werden würde, wie der englische, eine Pause im Flottenbau einzutreten zu lassen. Keinerlei Rüstungsverständigung kam zustande, und wenige Monate später entlud sich der Rüstungswahn der Großmächte im Weltkrieg.

Der Souveränitätsstimmeln der Sowjetunion.

Stettin, 30. November. (WZ.) Auf eine radiotelegraphische Anfrage der „Ostseezeitung“ an den russischen Außenminister Tschitscherin über das Thema „Rußland — Völkerbund“ funkte Tschitscherin auf der Reise von Leningrad nach Deutschland von Bord des Dampfers „Dorburg“: Sowjet-Union läßt ihre Handlungsfreiheit nicht unterbinden. Andere können tun, was sie wollen. Wir bleiben frei, gez. Tschitscherin.“ (Sich nicht dreinreden lassen, das ist der Grundgedanke der kommunistischen Außenpolitik, die von internationaler Staatensorganisation so wenig begriffen hat wie weiland Wilhelm II. Die Red.)

Außenpolitische Debatte in Paris.

Die Regierung schweigt noch.

Paris, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat in einer Nachtstunde die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Auswärtigen begonnen. Im Laufe der Aussprache kam es zu einer interessanten Erörterung nahezu sämtlicher Probleme der internationalen Politik. Die Diskussion eröffnete der kommunistische Cahin, der den Völkerbund als ein Gebilde des neuen Imperialismus bezeichnete; er stellte eher eine Gefahr für den Frieden als einen Friedensschutz dar. Auch in der deutsch-französischen Annäherung sieht Cahin nur eine neue Kriegsgefahr. Der Sozialist Fontanier verteidigte demgegenüber das Werk des Völkerbundes und erinnerte daran, daß die Sozialistische Partei von Anfang an für die Räumung der Rheinlande, allgemeine Abrüstung und sofortige Regelung des Dawes-Problems eingetreten sei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung alle Kräfte anwenden werde, um im Laufe der nächsten Besprechung zu einer wirklichen Annäherung mit Deutschland zu kommen. Auch der Radikale Berthod unterstrich die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Annäherung. Eine Politik des wahren Friedens sei nur möglich bei gegenseitigem Vertrauen. Nachdem noch der Radikale Mihaud sich im selben Sinne ausgesprochen und Gehler als „keinen guten Mitarbeiter“ Stresemanns bezeichnet hatte, wurde die Aussprache auf Dienstag vertagt.

Mexikanischer Grenzzwischenfall.

Amerika nennt die Räuber Agrarkommunisten.

Brownsville (Texas), 30. November. (WZ.) Mexikanische Agrarkommunisten versuchten sich der auf mexikanischem Gebiet gelegenen amerikanischen Farm Matamoros zu bemächtigen. Dabei wurden acht Personen getötet und drei verletzt. Alle Angreifer wurden von den zur Hilfeleistung herbeigeeilten Truppen gefangen genommen.

Der folgefolge König von Rumänien lebt wieder auf. Er hatte bereits eine Unterredung mit seinem Ministerpräsidenten. Zu den Enttäuschten gehört auch seine Gattin, die auf der Heimreise von Amerika erklärte, sie würde Regentin von Rumänien werden.

Der Juwelenraub in der Tauentzienstraße.

Spruch vor dem Richter.

Die große „Sensation“ des ebenjohr dreifachen wie erfolgreichen Raubüberfalls Johannes Spruchs am helllichten Tage auf den Juwelierladen in der Tauentzienstraße am 25. September d. J. findet, wie bereits berichtet, heute seinen vorläufigen Abschluß vor dem erweiterten Schöffengericht Charlottenburg. Trozdem es bekanntgegeben war, daß der Zutritt in die Gerichtsverhandlungen nur auf Grund besonderer Eintrittskarten erfolgen würde, war der Andrang von Zuhörern und Schaulustigen sehr groß. Umfangreiche Abperrungsmassregeln trugen dafür Sorge, daß Unbefugte nicht in das Gerichtsgebäude drangen.

Die Anklage gegen Spruch lautet nur auf Raub mit Verwendung von Waffen. Die Anklage wegen Raubverlebens und wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz hat die Staatsanwaltschaft fallen lassen. Es mußte gegeben werden, daß die Behauptung Spruchs, er habe absichtlich nach der Wunde gezielt und nur Schredtschüsse abgegeben, richtig sei. Denn Spruch, der beim Militär zu den besten Schützen gehörte, hätte zweifelsohne jemand von den ihm im Juwelierladen Anwesenden treffen können, wenn er dies gewollt hätte. Desgleichen konnte auch keine Verletzung des Sprengstoffgesetzes festgestellt werden, denn die von ihm zur Detonation verwendeten Explosionsstoffe haben sich bei der Untersuchung als gewöhnliche Feuerwerkskörper herausgestellt. Außer Spruch sitzen auf der Anklagebank seine Schwester Charlotte Spruch und die Filmstatistin Ringhausen. Sie sind wegen Hehlerei angeklagt. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Grohne. Die Anklage vertritt der Staatsanwaltschaftsrat Schmieger. Die Geschwister Spruch werden vom Rechtsanwalt Dr. Herbert Fuhs und die Filmstatistin Ringhausen vom Rechtsanwalt Dr. Ludwig Meyer vertreten.

Der Angeklagte Spruch betrat zu Beginn der Sitzung freudestrahlend den Gerichtssaal. Auch während seiner Vernehmung verlor er keinen Augenblick die lustige Stimmung. Unter den Zeugen befanden sich auch seine Mutter und Schwester. Die erstere erklärte sich bereit, auszusagen, die zweite verweigerte die Aussage. Vor Eintritt in die Vernehmung des Angeklagten wandte der Vorsitzende sich an die Richterbank mit der Bitte, ihre Berichte im Interesse der ohnehin gefährdeten Jugend sachlich zu halten. Gerade der Fall Spruch beweise, welche Bedeutung in seinem Leben die Sensationslust gespielt habe. Der Vorsitzende rügte ferner den gestrigen Artikel in der „Montagspost“, der unter Mißbrauch der Schutzschrift des Verteidigers zustande gekommen sei. Es folgt nun

Die Vernehmung des Angeklagten.

der bereits einmal in Breslau wegen schweren Diebstahls zu 3½ Jahren Gefängnis und ein anderes Mal im Jahre 1924 zu zwei Monaten wegen Zuhälterei verurteilt worden war. Der Angeklagte Spruch ist im Jahre 1897 in Ratibor geboren. Sein Vater war Vertreter und hatte in Larnowig ein großes Geschäft. Die Schule besuchte er in Königsbütte und in Rattowig. Wochen, mit stichtlicher Freude an der Anabenerinnerung und mit großer Selbstgefälligkeit erzählt er von seinen Jugendstreichen. Ebenso lächelnd schilderte er den Selbstmordversuch, den er, gereizt durch die Jarnesausbrüche seines Vaters, im 12. Lebensjahr begehen wollte. Ein besonderer Hang zum Phantastischen zeichnete

ihn aus. Nach Abluß der Schule wechselte er häufig die Stellungen. Sein Wunsch, Buchsenmacher zu werden, stieß auf Widerstand des Vaters. Als dann die Russen kamen, mußte er mit seiner Familie Rattowig verlassen. Er hielt sich in verschiedenen Orten auf und kam schließlich zu den Grenadieren. Mit größter Ausführligkeit und auf eine lächerlich kindliche Art erzählt er von seiner Teilnahme am Kriege. Dann erzählte er die verschiedensten abenteuerlichen Ereignisse seines Lebens: Im Jahre 1917 Selbstmordversuch und Desertion, im Jahre 1920 bringt er in das Amtszimmer des französischen Generals in Rattowig und hält eine Ansprache an das Volk vor der Theaterterrasse. Im Jahre 1921 begeht er wieder einen Selbstmordversuch in Gegenwart seiner Mutter, in die er verliebt ist, im Jahre 1922 trägt er sich mit Plänen, schwerbewaffnet einen D-Zug zu berauben, um seine Mutter entführen zu können. Im Jahre 1923 begeht er einen Einbruch und im Jahre 1925 siedelt er schließlich nach Berlin über, wo er sich anfangs als Straßenhändler betätigt. Damit schließt die vorläufige Vernehmung des Angeklagten. Seine Schwester Charlotte sollte anfangs Lehrerin werden und hat auch eine Präparandenklasse besucht. Im Jahre 1916 wurde sie aber am Reichstelegraphenamts angestellt, half vom Jahre 1921 an ihrer Mutter im Haushalt und zog im Jahre 1925 zusammen mit ihren Eltern nach Berlin. Hier wohnte sie später zusammen mit ihrem Freund. Die dritte Angeklagte, die Filmstatistin Ringhausen, gab zur Person an, im Jahre 1902 geboren zu sein. Ihr Vater ist Gewerkschaftssekretär in Köln. Sie hatte sich als Tänzerin ausgebildet, arbeitete aber später als Filmstatistin. Seit etwa 1½ Jahren ist sie verlobt und hat gelegentlich eines Zankes mit ihrem Verlobten Spruch in einem Café kennengelernt. Nachdem nun alle drei Angeklagten vernommen sind, schreitet der Vorsitzende zur Vernehmung des Angeklagten über

Eigenschaften der Tat.

Im seiner albernen Weise erzählt der Angeklagte mit weltausholenden Gesten, immer wieder kindlich lachend, wie ihm sein Leben in Berlin mißlieblich ist und er sich deshalb mit Plänen trug, zu etwas Großem und zur Berühmtheit zu gelangen. Er dachte daran, Sportler, Künstler oder Politiker zu werden. Zu allem fühlte er aber doch keine Eignung. So glaubte er, daß ihm nur der Weg des Abenteurers blieb. Mitte Juli will er nun zufällig an einer Haltestelle der Straßendahn das Gespräch zweier Schutzbeamten belauscht haben, die über die Große internationale Polizeiausstellung und den internationalen Polizeitongress, der im September stattfinden sollte, sprachen. Nun kam ihm der Gedanke: Das wäre eine Idee, gerade im Augenblick der Polizeiausstellung etwas zu unternehmen, was noch nie dagewesen, was die ganze Welt auf den Kopf stellen würde. Nach langem Hin und Her kam ihm der Plan, einen Juwelenraub zu begehen. Sollte ihm das Unternehmen nicht gelingen, so halte er vor, sich selbst zu erschießen. Sollte es ihm aber gelingen, so wäre er „der gemachte Mann“. Alle Zeitungen wären voll von seinem Abenteuer gewesen. Acht Tage lang wollte er dann die Polizei an der Nase herumführen, ihr Winke geben, die auf seine Spur weisen und schließlich nach seiner Verhaftung erst langsam mit der Wahrheit herauskommen.

Spikenschau.

„Unter der Schirmherrschaft ihrer k. l. Hoheit der Frau Kronprinzessin...“ Das klingt doch schon nach was! Die hohe Frau ist der „Schühengel“ des Vereins zur Förderung deutscher Spikenschau. In den Räumen der Deutschen Spikenschule am Wittenbergplatz lud man zur diesjährigen Weihnachtsausstellung. Reisterwerte weiblicher Handarbeitskunst kann man hier bewundern. Kostbare Tischdecken in Fillet und feinstem Köppl, Decken in Lüll- und Radelfisch, Wäsche in einfachem und Wickel-Hour, Kragen, Täschchen, alles von einer unendlich zarten Schönheit in Muster und Ausführung. Dafür aber auch die Preise, Maßzeit! Eine Tischdecke — schon verkauft — kostet die Kleinigkeit von 260 Mk., einfache Tischgedecke 50 Mk. und so fort mit Grazie. Also, Hände weg! Alles nur für „bessere Herrschaften“. Und wie sieht die Mehrzahl aus? Woher bezieht man all die hübschen Dinge, die das behagliche Restchen so nett schmücken? Köpplarbeit aus dem Erzgebirge und die ganz feinen, so unendlich mühsamen Stickereien von einer Zartheit, daß man den einzelnen Stich kaum mit freiem Auge erkennen kann, werden in der bayerischen Oberpfalz, in Oberfranken und Hannover verfertigt. „Ach, das Elend bei den Deuten ist ja zu groß“, meint eine der „Bereinsdamen“, und was bezahlt man ihnen? Ganze 15 bis sogar 30 Pf. pro Stunde! Ja, ja, man tut was man kann!!!

Wenn also so ein armes Menschlein Stunde um Stunde in gebückter Haltung sich an Tisch reiht und sich zum Schluß die müden, schmerzenden Augen reibt, dann hat es ungefähr einen Tagesverdienst von einer ganzen Mark und darüber zu verzeichnen. Hier prangen, schön gruppiert, all ihre Redakteure mühsamer Arbeit und rastlosen Fleißes. Man legt der erstklassigen Qualität entsprechend „erfolgreiche“ Verkaufspreise fest und — es wird gekauft. Vielleicht kommt dann noch Gräfin Kleck und Frau von Schnurz und wählt mit schnüffelnder Nase ein oder das andere Stück. Man „beschäftigt“ doch die Leute und „bezahlt“ sie dafür. Was soll man noch tun.

Und dieser Art „Böhligkeit“ hat noch niemand den Garaus gemacht!

Paul Michelet gestorben.

Der Ehrenbürger der Stadt Berlin Paul Michelet ist am Montag, den 29. November, nachmittags 3 Uhr, gestorben. Er ist am 28. Oktober 1835 in Berlin geboren. Er trat schon in jungen Jahren als Mitglied von Vorkämpfungs- und Wohlfahrtskommissionen in den ehrenamtlichen Dienst Berlins. Im Jahre 1888 wurde er Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der er mehr als 30 Jahre angehörte und zu deren Vorsteher man ihn im Jahre 1908 wählte. Der Magistrat wird in seiner morgigen Sitzung über die Beilegung der städtischen Körperschaften an der Trauerfeier beschließen. Die Beilegung erfolgt am Donnerstag nachmittags auf dem Kirchhof der Französischen Gemeinde in der Biesenstraße.

Reichsanwalt a. D. Dr. Wirth in der Dörfing-Hochschule. In dem von der Dörfing-Hochschule veranstalteten Spklus „Was wollen die Parteien?“, wird am heutigen Dienstag, abends 8½ Uhr, Reichsanwalt a. D. Dr. Josef Wirth über „Wesen und Ziele der Deutschen Zentrumspartei“ sprechen. Der Vortrag findet im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats, Bellevuestr. 15, statt. Karten sind an der Abendkasse erhältlich.

Gegen das Schmutz- und Schundgesetz!

Am Dienstag, den 30. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des Lehrervereinshauses, Alexanderplatz:

Gr. öffentl. Kundgebung!

Tagesordnung: Gegen die Kulturreaktion in Deutschland! Fort mit dem Schmutz- und Schundgesetz! Redner: Dr. Kurt Löwenstein-Berlin, M. d. R., Toni Pfaff-München, M. d. R., Karl Schred-Bielefeld, M. d. R., Männer und Frauen, erhebt in Waffen! Auf zum Protest! Bezirksverband Berlin der SPD.

Fabrikfeuer in der Hollmannstraße.

Ein großes Fabrikfeuer, das in verhältnismäßig kurzer Zeit einen 25 Meter langen, im Erdgeschoß gelegenen Fabrikraum und die darüberliegende erste Etage, in der eine Korfenfabrik untergebracht ist, vernichtete, beschloß heute früh gegen 1½ Uhr vier Löschzüge der Feuerwehr in der Hollmannstr. 32. Wir erörtern hierzu folgendes: Im zweiten Quergebäude des Hauses Hollmannstraße 32 sind mehrere Geschäfts- und Fabrikräume. Im Erdgeschoß ist der Verpackungs- und Versandraum der Feinbaummaschinen A. G., in dem hochwertige Sprechmaschinen lagerten. Heute früh entstand in diesem Raum aus bisher noch nicht geklärt Ursache Feuer, das sich sehr schnell ausbreitete und an dem leicht brennbaren Material, Holzmasse, Sprechmaschinengehäusen usw. reiche Nahrung fand. Als das Feuer bemerkt wurde, brannte ein Teil des Raumes bereits unterhalb. Die Feuerwehr wurde alarmiert, die nach kurzer Zeit unter Leitung des Baurats Koppe an der Brandstelle erschien. Der erste und zweite Hof waren derart verqualmt, daß die Wehrleute zum Teil mit Rauchschutzhelmen vorgehen mußten. Ueber eine mechanische Leiter und vom Hof aus wurde das Feuer aus mehreren Schlauchleitungen bekämpft. Es konnte aber nicht mehr verhindert werden, daß auch der darüberliegende Fabrikraum in der ersten Etage, in der Korfen fabriziert werden, von den Flammen erfaßt wurde. Die Decke in der ganzen Ausdehnung brannte durch. Erst nach mehr als zweistündiger Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Eine Brandwache verblieb noch bis 8 Uhr morgens an der Brandstelle. Der Schaden, den allein die Feinbaummaschinen A. G. erlitten hat, ist sehr beträchtlich. Zum größten Teil sind hochwertige Sprechmaschinengehäuse, die aus teuren ausländischen Holzern hergestellt werden, ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden beträgt hier allein etwa 30 000 bis 35 000 Mk. Auch der Schaden, den die Korfenfabrik durch das Feuer erlitten hat, dürfte sich weit über 10 000 Mk. beziffern. Bedauerlicherweise ereignete sich heute vormittag um 10 Uhr auf der Brandstelle noch ein schwerer Unfall. Die etwa 18jährige Arbeiterin Lucie Nagel aus der Alexanderstraße beging die Unvorsichtigkeit, über die verbotenen Bohlen hinwegzulaufen. Sie brach ein und stürzte aus etwa 6 Meter Höhe in die Tiefe, wo sie schwer verletzt demütig lag. Die Verunglückte wurde durch einen Wagen des städtischen Rettungsdienstes in das Krankenhaus gebracht, ihr Zustand ist bedenklich.

Die Wahlen zum Stadtenauschuss an der Handelshochschule brachten einen bemerkenswerten Erfolg der „Republikanischen Block“. Abgegebenen Stimmen 911, Gesamtzahl der Elbe 35. Es erhielten: 1. Großdeutscher Einheitsblock (bürgerlich) 354 Stimmen (14), 2. Nationale Liste 34 Stimmen (1), 3. „Republikanischer Block“ 151 Stimmen (6), 4. Nationaler Ring (Corporationen) 298 Stimmen (11), 5. Völklich-Sozialer Block 76 Stimmen (3). Unter den sechs gewählten Republikanern befinden sich zwei Genossen der „Bereinigung sozialdemokratischer Studenten“, Republikanischer Wähler, die mit unserer Bewegung sympathisieren, wollen sich an den Genossen Adolf Viertel, Berlin D. 112, Schreinerstraße 38, wenden.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Achtung, Verdingung! Zentralrat zum Schlußspiel morgen, Mittwoch (nicht heute), 7½ Uhr, im Großen Saal der „Reuten Zeit“, Hofenbr. 12, Berlin, und Seilsche mündigen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Kablater Verkauf für Schuhe bringt das bekannte Großdetail-Schuh-Geschäft Schönl. Die neu aufgestellten Riesenregale dieser Firma bringen über 300 Sorten Damen-, Herren- und Kinder-Schuhe von elegantesten Modellen bis zu den soliden Strickschuhen zu billigen Preisen. Wir weisen noch auf das heutige Angebot hin. Die Firma hat ihre Verkaufsstelle von: Albinstraße 25, Ecke Dragonerstraße, nach Reichenbergerstr. 13, Ecke Schönhauserstr.

Das allfällige Spezialhaus für eigenem Herren- und Damen-Kleidung, A. Joffe, Schönhauserstr. 13, Ecke Reichenbergerstr., veranstaltet in dieser Woche einen ganz besonders günstigen Verkauf in Mänteln und Pelzwerk. Dieselben sind bei neuesten Mode aussehend aus nur ersten Qualitäten ausgeführt und besonders preiswert. (Ecke Joffe.)

Der Textilkampf in Sachsen und Thüringen Die Arbeiter beauftragen die Verbindlichkeitsklärung.

Gera, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die Unternehmer den bereits mitgeteilten Beschluß gefaßt haben, den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums abzulehnen und insgesamt 26 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der sächsisch-thüringischen Textilindustrie auszusperrten, hat nunmehr die Bezirksleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes beschlossen, beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs zu beantragen. Die Arbeiterschaft hat den Beschluß der Unternehmer mit größter Ruhe aufgenommen. Sie ist entschlossen, gegebenenfalls den Kampf bis zum äußersten durchzuführen. Am Reichsarbeitsministerium wird es jetzt liegen, ob es zu diesem Kampfe kommt.

Wie immer, wenn eine Gewerkschaft im Kampfe steht, fällt die „Rote Fahne“ über den Deutschen Textilarbeiterverband her. Da der Beschluß, den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums anzunehmen, von den Funktionären der einzelnen Betriebe selbst gefaßt wurde, fällt die „Rote Fahne“ auch über die Funktionäre her, obwohl unter diesen sich auch zahlreiche Kommunisten befinden. Da das Bolschewistenblatt sächsisch zu der Angelegenheit nichts zu sagen weiß, erzählt es seinen Lesern Räubergeschichten. Es behauptet, daß eine Lohnerhöhung von 25 bis 30 Proz. verlangt worden sei, gleichzeitig die restlose Durchführung des Achtstundentages.

Wie unseren Lesern bekannt ist, lautete die Forderung der Arbeiter der beiden Geraer Fabriken nicht auf 25 oder 30 Proz., sondern auf 15 Proz. Lohnerhöhung. Die Arbeitszeit konnte schon deshalb nicht in die Forderungen mit aufgenommen werden, weil der Tarifvertrag, der die Arbeitszeit regelt, gegenwärtig nicht zur Kündigung steht und die Kündigungsfrist für diesen Vertrag eine andere als für den Lohnvertrag ist.

Es kommt der „Roten Fahne“ aber gar nicht darauf an, über die Ereignisse in der Arbeiterbewegung wahrheitsgemäß zu berichten, sondern im Gegenteil, die Gewerkschaften zu verleumden, der Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen, besonders, wenn diese in einem schweren Kampfe gegen die Unternehmer steht. Die Unternehmer sperren die Arbeiter aus; das ist der richtige Zeitpunkt für dieses elende Blatt, um den ausgeperrten Arbeitern in den Rücken zu fallen. Es hätte alle Ursache, ganz besonders mit seinen

eigenen Verteilern unter den sächsisch-thüringischen Textilarbeitern ins Gericht zu gehen. Worüber noch einiges nach dem Kampfe zu sagen sein wird.

Lohnerhöhung bei Bolle. Durch Schiedspruch.

Nachdem vor einiger Zeit mit der Meierei Bolle zum ersten Male in freier Verhandlung ein neuer Manteltarif abgeschlossen war, wurde gestern nach vorausgegangen ergebnislosen Verhandlungen über eine Lohnerhöhung vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt. Dieser fällt nach etwa fünfstündigen Verhandlungen einen Schiedspruch, der für Arbeiter eine Erhöhung der Löhne um 2 Pf. pro Stunde und für die Frauen um 1 Pf. vorsieht. Das neue Lohnabkommen soll mit der laufenden Lohnwoche in Kraft treten und bis 31. März 1927 gelten, von welchem Zeitpunkt an es mit 14tägiger Frist zum Ende eines Monats gekündigt werden kann.

Die Vertreter der Firma Bolle ließen ihre Bereitwilligkeit zur Annahme des Schiedspruchs erkennen. Die Belegschaft der Meierei wird voraussichtlich dem Schiedspruch ebenfalls zustimmen.

Gründung der Berliner Handseher-Vereinigung.

Die Handseher als größter Teil der Buchdrucker glaubten bis vor kurzem auf besondere Vereinigung verzichten zu können; aber mehr und mehr hat sich hierin eine Wandlung vollzogen. Nachdem 32 deutsche Orte mit der Gründung von Handseher-Vereinigungen vorausgegangen sind, folgt nunmehr auch Berlin, als größte deutsche Druckstadt. Eine Versammlung der Berliner Handseher am Sonntag in der „Neuen Welt“ hob das Amt aus der Laufe. Nachdem Richter im Auftrage der vorbereitenden Kommission über die Vorarbeiten berichtet hatte, wurden die gedruckt vorliegenden Satzungen angenommen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Genosse Adalbert Pietich mit 499 gegen 309 Stimmen, die auf Stichowits entfielen, als 2. Vorsitzender Gustav Richter, als Kassierer Max Eichholz, als Schriftführer Emil Wuschakowski und Adolf Schiebler, als Beisitzer Max Ehling, Joseph Grundel, Walter Heddel, Adolf Zippler gewählt. Als Vertreter im Gauvorstand wurde Gustav Richter vorgeschlagen.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit.

In der Brancherversammlung der Eisen- und Revolverdreher und -dreherinnen am Sonntag vormittag in den Rüstereien sprach Genosse Jiska über die „Rationalisierung in der Metallindustrie und der Kampf um den Achtstundentag“. Er gab zunächst einen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der Warenproduktion, die

ein stetiger Rationalisierungsprozeß, allerdings nicht in dem heutigen Tempo und Ausmaß, gemeint ist. Die Arbeiterschaft ist davon abgekommen, sich dieser zwangsläufigen Entwicklung der Technik, wie etwa die Maschinenstürmer, entgegenzusetzen; sie beschloß sich auch weniger mit den Ursachen, als mit den Wirkungen dieser Rationalisierung, die in der privatkapitalistischen Wirtschaft immer die Arbeiterschaft am tiefsten treffen. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, mit der ihnen möglichen Kraftentfaltung die schädlichen Wirkungen der Rationalisierung abzuwehren oder zu beseitigen. Ein solches Mittel ist das von den Spitzengewerkschaften geforderte Rotgele zu Wiederherstellung des Achtstundentages, das keine wirkliche Unterstützung dadurch erfahren könnte, daß die Arbeiter in den Betrieben selbst mit dem Ueberstundenwesen einhalten würden und eine einheitliche Auffassung über die Zweckmäßigkeit der Aktion der Spitzengewerkschaften Platz greifen würde.

In der ausgedehnten, nur von den Kommunisten bestrittenen Diskussion wurde die schon aus der „Roten Fahne“ bekannte demagogische Hege gegen die Forderung der Spitzengewerkschaften fortgesetzt. Sonderbar mutete nur an, daß der kommunistische Branchenleiter, als die Verammlung nach der Durchführung sämtlicher kommunistischer Paraderiede vertagt wurde, das Organisationsverhältnis und die Interessenslage auch in dieser kommunistisch geleiteten Branche besagte und die Funktionäre zu regerer Agitation ermahnte. Von etwa 4600 organisierten Branchengehörigen waren zur Versammlung etwa 250 erschienen, von denen am Schluß der Versammlung noch höchstens 150 anwesend waren. Die Abstimmung über die üblichen „oppositionellen Entschließungen“, von denen sich eine gegen die Ortsverwaltung wendete, die einen ihr nicht bekannten Kommunisten als Referenten für diese Versammlung nicht genehmigt hatte und sich das Recht der Bestimmung der Referenten selbst vorbehielt, werden ebenfalls in der nächsten Versammlung vorgenommen.

Wiederaufnahme der Arbeit im englischen Bergbau.

London, 30. November. (W.B.) Die Arbeit in den englischen Kohlenruben ist gestern allgemein wieder aufgenommen worden. Der Kohlenpreis ist um ungefähr 20 Schilling für die Tonne gefallen.

Die Berliner Beamtenschaft wird am kommenden Donnerstag, abends 7 Uhr, in den Berliner Kammerkassen zu dem Angebot des Reichsfinanzministers auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe Stellung nehmen. Der Befoldungsreferent des VDB, Genosse Böcker, wird über „Beamtentum und Befoldung“ sprechen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: Arthur Calmann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Calmar; Revolution: R. D. Wöhrer; Sozial und Konflikte: Felix Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Stern-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Stern-Verlag-Druckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Frische, junge Fett-
Gänse 1.10
10-16 Pfund schwer.
Wegner, Berlin 50
Mariannenstraße 31.

Herzasthma!
Wassersucht (spez. alte Fälle), werden überraschend beseitigt durch mein

Spezial-Pulver
Karton 3 Mark.
Apothek. W. Böhmert
Hamelns 4. W. 75.

**Photoapparate
Bedarfsartikel**
Entwickeln - Kopieren
gut und preiswert
Photo - Spezialhaus Haller
Kottbuser Damm 98

Rute Mk. 5.- an
ca. 250 Landparzellen, prima Garten-
boden, 20 Min. v. Bahn, Vertreter Mitt-
wochs, Sonnab. u. Sonnt. 1. Rest „Zu d.
drei Linden“ dir. a. Bht. Fredersdorf.
H. H. Rieger, Berlin C, Gontardstr. 5.

Der
Neue-Welt-Kalender 1927
ältester Kalender des werk-
tätigen Volkes
enthält neben Kalendarium, Messen und
Märkte, Ebbe- und Flut-Tabelle
aktuelle Beiträge
künstlerischer und unterhaltender Art.
Interessante Plaudereien über technische
und wissenschaftliche Fragen
Preis 80 Pfennig
Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2
den Botenfrauen und sämtlichen Ausgabe-
stellen des „Vorwärts“.

Möbel
ohne Anzahlung
liefert altrenommiertes Möbelhaus
komplette Zimmer, sowie Einzelmöbel, Küchen
in allen Farben, Ankleideschränke, Kleider-
schränke, Sofas, Bücherschränke, Bettstellen in
Holz und Metall, Teppiche und vieles andere
**bei denkbar bequemsten
Ratenzahlungen!**
Beste Qualitäten! Billigste Preise!
Geht. Anfragen unter B. 29 an die Hauptexped. des
Vorwärts, Berlin SW. 68

In **Wilmersdorf bei Gutfenig**
kauft man billig jeden Tag
Hilfsstraße 103
Ob früh, ob spät, ganz einzeln
Wunderschön ist dort der Sitz.
Denn geht die Mutter mit dem Fröh
Ganz vergnügt und riesig froh
Und hat'n sich einen Paletot.
Wenn auch die Kasse schlecht bestellt.
Bei Gutfenig für wenig Geld
Reichen Tausende sich ein!
Vor allem kauft es sich dort sein,
Bei Gutfenig im ersten Stad
Da gibt's den besten Winter-Keil

Geradezu **unfabelhaft billig** **hochlegante**
Mäntel · Paletots · Anzüge · Gesellschafts-Kleidung
allerneueste Roben
85.-, 78.-, 65.-, 55.-, 50.-, 48.-, 39.-, 36.-, 30.-, 25.-, 21.-

Bei **G** garantiert gutem Sitz eleg. Anfertigung auch von mitgedrahten
Stoffen in 4 Ausführungen, 65.-, 59.-, 45.-, 35.- inkl. Lohn u. gedieg. Zutaten.

Wiesennuß **Wertstatt im Hause** **Wiesennuß**
Wiesennuß **Wiesennuß**

Heinrich Gutfenig **Wilmersdorf**
Hilfsstr. 103
I. Etage, Eckhaus

Du geminnst mit einem Schlag
Wenn Du kauft bei Gutfenig

Läuferstoffe, Teppiche
Linoleum
Wachstuche Tisch-Decken
G. Bargende K. G.
Charlottenburg
Windscheidstr. 11, Ecke Pestalozzi
Wilmersdorfer Str. 79, Ecke Sybelstr
Telephon: Steinplatz 4194, 8835, 8836.

ZÄHNE mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark, ohne
Gaumen, Brücken von 5 Mark. — Teilzahlung
gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis.
Hatvani Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86
Luisenstr. 27 / Charlbg., Schillerstr. 73

Für jeden Kraftfahrer unentbehrlich:
Volckmanns Kraftfahrer-Bibliothek

Bd. 1. Der Automobilmotor u. seine Bestand-
teile v. Ing. C. W. Vogelsang, 3. Aufl.
3. Das Motorrad, sein Bau u. seine Behand-
lung v. Ing. C. W. Vogelsang, 5. Aufl.
4. Die Kraftfahrerschule in Frage und Ant-
wort von Dipl.-Ing. Hessler, 4. Aufl.
5. Autohandbuch: Bau, Handhabung u. Re-
paraturen v. Ing. R. Thebis, 2. Aufl.
9. Der Motorradfahrer von Ingenieur
R. Thebis
10. Das Klein-Auto für den Selbstfahrer
von Ingenieur R. Hofmann
12. Reparaturen am Motorrad von Ing.
R. Thebis
14. Zündung und Zündapparat von
Ing. Reinhold
11. Lastkraftwagen und Nutzfahrzeuge
von Ingenieur R. Hofmann
13. Der Motor des Kraftrades von Dipl.-
Ing. Hessler

Jeder Band
kart. . . M.3.-
in Ganzleinen
geb. . . M.3.50
kart. . . M.4.-
Lein.-Bd. M.5.-
kart. . . M.3.-
Lein.-Bd. M.4.-

Sämtliche Bände sind reich illustriert
Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Lindenstraße 2
sowie durch die Vorwärts-Ausgabestellen.

Billige Ulster- und Paletot-Tage!

Für Straße und Sport	Herren-Ulster mod. Form, dunkle Stoffe 48, 39 — 32.00	Herren-Paletots mod. Form, schwarz und marinegrün 65, 54 — 42.00	Für den Abend
Herren-Anzüge mod. Farben u. Formen 88, 78, 65, 58, 48 — 33.00	Herren-Ulster schwere Qualität mit ange- gewebte Futter 65, 58 — 52.00	Herren-Paletots Qualitätsstoffe, elegante Ausführung 85, 68 — 78.00	Tanz-Anzüge ohne Flor, schw. Melton, elegante Form 65, 75 — 62.00
Herren-Anzüge 1. u. 2. Kl. u. g. l. l. Qual. 95, 84, 75, 68 — 56.00	Herren-Ulster „Erstmal für Maß“ beste Ausführung 58, 52 — 75.00	Rock-Paletots Die große Mode 85, 75, 68 — 45.00	Tanz-Anzüge m. Flor, „strong made“ n. feine Melton 85, 82 — 68.00
Sport-Anzüge m. kurz od. langer Hose apart, Must. 88, 80, 48 — 36.00			Smoking-Anzüge feine Qualität u. Aus- führung 102, 92 — 79.00

Sport- und Gehpeize besond. preiswert
Pelzjoppen guter Loden-Bezug **59.00**

Praktische Hausjacken woll. Qua-
lität v. **13.00** | **Fantasie-Westen** mod. Form,
u. Farb. v. **3.00**

Festgeschenke! Schlafrocke mollig,
Flansch v. **24.00** | **Hosen** gestreift u. Sportform, von **3.95**

Loden-Joppen warm gefüttert . . 22, 24 — **16.50**
Knaben-Anzüge und Mäntel von **6.95**

S. JOSEPH, Schöneberg, Hauptstraße 1
Ecke Grunewaldstraße